

FREIHEITSBERAUBUNG. Bundesinnenminister Lücke (CDU) wünscht sich, während eines Notstands „Personen, die als gefährlich für die Sicherheit des Staates angesehen werden“, ohne richterlichen Haftbefehl internieren zu können. Um sein Projekt nicht durch Erinnerungen an das Dritte Reich zu gefährden, sucht Lücke gegenwärtig mit Hilfe des Außenministeriums nach einem demokratischen Alibi: Die deutschen Botschaften in fünf westlichen Hauptstädten wurden durch einen vom 18. November datierten Erlaß des Bonner AA (Aktenzeichen: II A 7 — 85 — 30 — 1 — 4989 — 1966 — VS Vert) angewiesen zu ermitteln, ob in ihren Gastländern für derartige Lager „gesetzliche Grundlagen bestehen oder in kurzer Zeit erlassen werden können“. Die Diplomaten wurden um „sehr diskrete Behandlung der Angelegenheit“ ersucht, insbesondere bei Befragung der „zuständigen Stellen des Gastlandes“.

SPRACHREGELUNG. Das Bundesverteidigungsministerium will nicht offiziell zu dem im SPIEGEL 48/1966 veröffentlichten neuen strategischen Konzept für die Bundeswehr von Oberst i. G. a. D. von Bonin Stellung nehmen. Auf Anregung des Generalinspektors der Bundeswehr, General de Maizières, wurden die leitenden Beamten des Ministeriums angewiesen, bei Anfragen zu dem Bonin-Konzept sinngemäß zu antworten: Es gebe kluge Gedanken von klugen Leuten zu Fragen der Landesverteidigung und Wehrreform. Diese Herren vergaßen aber, daß die einmal gestellten Weichen nicht ohne großen Kostenaufwand und völlige Veränderung der gesamten Kostenplanung von heute auf morgen umgestellt werden können.

SPIONAGE. Geheimdienst-Sachverständige klärten vor dem Sonderausschuß des Bundestags für die Strafrechtsreform bei der Beratung des Staatsschutzstrafrechts nebulöse Vorstellungen der Öffentlichkeit über ausländische Spionagetätigkeit:

- ▷ „Man schätzt, daß etwa 80 Prozent dessen, was zur Aufklärung des Potentials eines westlichen Staates notwendig ist, aus diplomatischen oder sonstigen offenen Quellen entnommen werden kann“ (Regierungsdirektor von Buttlar aus dem Bundesnachrichtendienst).
- ▷ „Etwa 40 Prozent der östlichen Agentenaufträge (beziehen sich) auf das Ermitteln persönlicher Besonderheiten“ (Leitender Regierungsdirektor Nollau vom Bundesamt für Verfassungsschutz).

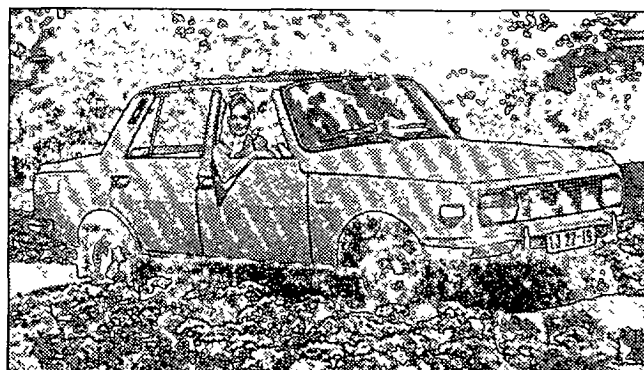
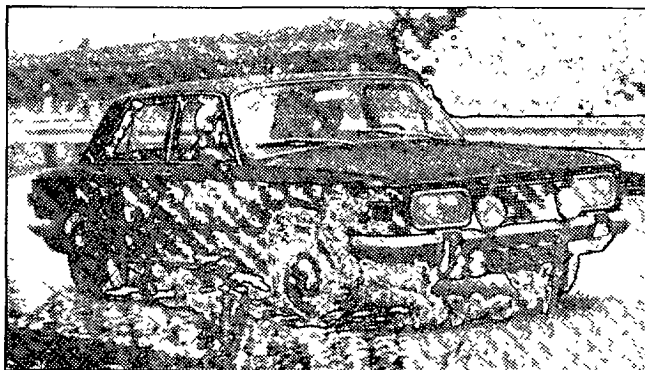
KABINETTS-KANDIDATEN. Wer in Bayern regieren will, sollte zuvor Landrat werden. Ministerpräsident Alfons Goppel beförderte bei der Kabinettsbildung letzte Woche vier Provinz-Politiker in die Regierung: Der Freisinger Landrat Philipp Held wurde Justizminister, der Günzburger Landrat Bruno Merk Innenminister, der Kelheimer Landrat Josef Bauer Staatssekretär im Justizministerium, und der Landrat von Roding, Franz Sackmann, avancierte zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Aus der alten Regierungsmannschaft übernahm Goppel den Ex-Landrat und Wirtschaftsminister Otto Schedl, der einst von dem — inzwischen verstorbenen — bayrischen Ministerpräsidenten und Ex-Landrat Hanns Seidel ins Kabinett berufen worden war. Außerdem hatte Seidel den Landrat von Ebermannstadt, Rudolf Eberhard, als Finanz-

minister sowie den Landrat von Dachau (und späteren Innenminister) Heinrich Junker als Innen-Staatssekretär in seine Regierung geholt.

MUTTERSCHIFF. Die vor der amerikanischen Ostküste kreuzenden sowjetischen Spionage-Trawler halten Verbindung mit der Heimat über den russischen Luxus-Liner „Alexander Puschkin“, der auf der Nordatlantikroute zwischen Leningrad, Helsinki, Kopenhagen, London, Quebec und Montreal verkehrt und vorwiegend kapitalistische Passagiere befördert. Auf der Höhe von Kap Cod, außerhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer, übernehmen die mit Super-Antennen und elektronischen Instrumenten ausgestatteten Fischdampfer von der „Alexander Puschkin“ Lebensmittel, Brennstoff, Ersatzausrüstungen und Post.

KREBS. 1967 stirbt alle zwei Minuten ein Amerikaner an Krebs. Nach Voraussagen der „American Cancer Society“ wird ein Karzinom Todesursache für 305 000 US-Bürger sein; in 51 800 Fällen müßte Lungenkrebs auf dem Totenschein stehen. Die Gesellschaft schätzt weiter, daß künftig jeder vierte Amerikaner an Krebs erkranken wird.

ZITAT. „Im Bundeskanzleramt werde ich eine Organisation schaffen, die, wie unter Adenauer, ohne hektische Betriebsamkeit mit der Ruhe eines Rolls-Royce-Motors arbeitet und ein Kristallisationspunkt guter positiver Ideen wird. Es muß wieder Politik anstelle eines cleveren oder weniger cleveren Ränkespiels treten.“ (Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger.)



Baute Porsche für die DDR

den Prototyp eines neuen „Wartburg“? Ein vom SPIEGEL am 31. Oktober veröffentlichtes Photo des von Porsche unter der Entwurfsnummer 941 entwickelten Erbkönigs, dessen Auftraggeber bislang nicht feststellbar ist und von Porsche nicht preisgegeben wird, inspirierte SPIEGEL-Leser zu eigenen Recherchen. Ergebnis: Mehrere Leser qualifizierten den Erbkönig (Bild 1.) als Prototyp des im Spätsommer vom VEB Automobilwerk Eisenach vorgestellten neuen Wartburg 353 (r.), der einen Dreizylinder-Zweitaktmotor mit einem Liter Hubraum und 45 PS hat. Dazu Porsche-Pressechef von Hanstein, dessen Firma bereits zahlreiche Prototypen und Detailkonstruktionen für in- und ausländische Firmen fertigte: „Wir nennen prinzipiell niemals Auftraggeber unseres Konstruktionsbüros, können daher eine Zusammenarbeit mit Eisenach nicht be-

stätigen. Aber denkbar wäre es schon. Es war in den dreißiger Jahren eine der schwersten Entscheidungen des alten Professors Ferdinand Porsche, ein Angebot abzulehnen, in die Sowjet-Union überzusiedeln und dort unter anderem einen Traktor zu konstruieren. Warum sollen wir kleinen Nachfolger nicht mal für die Brüder jenseits der Werra arbeiten?“ Technischer Direktor Dankwart Fehr vom Eisenacher Automobilwerk, das eine von der ostzonalen „Vereinigung Volkseigener Betriebe Automobilbau“ erworbene NSU-Wankel-Lizenz auswerten will, zum SPIEGEL: „Wir haben keine Verbindung mit der Firma Porsche. Der neue Wartburg 353 ist seit dem Jahre 1962 bei uns entwickelt worden. Bei den heutzutage angestrebten automobilistischen Zweckformen kann es natürlich sehr oft Doubles geben.“